



ZUKUNFT
MITTE

Datum: 11.09.2025
Autor: Peter Bickel
Kategorien: Demokratie & Gesellschaft, Politik & Macht
Tags: Bürgergesellschaft, Demokratie, Diskurs,
Handlungsmacht, Kommunalpolitik, Mitte

Wenn die Politik „ihr eigenes Ding“ macht – Öl ins Feuer der Extremen

„Die Politik verliert die Mitte, weil sie deren Stimme nicht mehr hören will.“

Früher und heute

Bis in die 1990er-Jahre galt die Mitte als stabiler Anker. Warum? Weil die Politik der Mitte zuhörte, den Bürgerwillen aufnahm und in praktikable Maßnahmen übersetzte – abgestimmt mit Legislative, Judikative und Exekutive. Erwartungen wurden reflektiert, nicht schlicht umgesetzt, sodass kurzfristige und langfristige Folgen zu einem funktionierenden Ganzen verbunden wurden.

Heute dagegen hat sich eine gefährliche Entfremdung eingeschlichen – von der Kommune bis zum Bund. Politik wirkt zunehmend wie ein Eigenleben, wie eine Agenda hinter verschlossenen Türen. Genau dadurch öffnen sich Räume für Verschwörungsnarrative. Viele Bürger fragen sich: „Was machen die da eigentlich?“

SPD: Die selbstvergessene Partei

Besonders deutlich zeigt sich der Verlust der Mitte bei der SPD. Erdung und Realitätssinn sind verschwunden. Statt Mehrheiten zu gewinnen, betreibt sie sozialromantische Randgruppenpolitik – mit fatalen Folgen: Bei der letzten Bundestagswahl verlor sie über drei Millionen Stimmen, nicht nur an CDU und Grüne, sondern auch direkt an die AfD – ein politisches Beben für die Sozialdemokratie, das in jeder Parteizentrale als Weckruf nachhallen müsste.

Doch anstatt neue Antworten zu entwickeln, klammert sich die Partei an Bürgergeld-Debatten, Klassenkampfparolen und Wokeness-Rituale. Die unbequeme Wahrheit: Die Menschen fühlen sich von der SPD nicht mehr verstanden.



CDU: Die vergessene Mitte

Auch die CDU entfernt sich von ihrer eigenen Basis. Koalitionszwänge und weichgespülte Haltungen lassen viele enttäuscht zurück, die bewusst auf die Kraft der Mitte gesetzt hatten.

Die Erwartungen von immerhin 70% der Bürger:innen sind klar:

- Zuwanderung: Klare, restriktive Politik statt Schönfärberei.
- Wirtschaft: Mehr als symbolische Stromsteuer-Senkungen. 70 % der Wertschöpfung entstehen im Dienstleistungssektor.
- Soziale Gerechtigkeit: Strengere Bürgergeld-Regeln – von 70 % gefordert, fast die Hälfte wünscht eine Abschaffung in heutiger Form.

Die Realität? Fehlanzeige.

Mitte wäre einfach – wenn man wollte

Die Mitte braucht keine Revolution, sondern Pragmatismus. Sie braucht keinen Totalumbau, keine Klassenkampparolen vom Untergang des Sozialstaats, keine Schutzbehauptungen der Wohlhabenden, dass jede Steuerreform sie in Armut stürze.

Ein einfaches Rechenbeispiel: Schon eine minimale Steuermehrbelastung bei einem Vermögen von 5 Millionen Euro könnte den Jahresbedarf von 15–20 Familien decken – Familien, die heute nach der Monatsmitte häufig buchstäblich vor leeren Kühlschränken stehen. Hochgerechnet würden also etwa 2.500 Vermögende in Deutschland mit ähnlicher Ausstattung ausreichen, um die Grundversorgung aller Haushalte unter der Armutsgrenze dauerhaft zu sichern.

Es geht also nicht um Enteignung, sondern um faire Balance. Die Mitte versteht das längst – nur die Politik weigert sich, daraus Konsequenzen zu ziehen.

Die Angst vor der eigenen Courage

Die SPD verteidigt das Bürgergeld, als ginge es um eine Heilige Kuh – und verliert damit die bürgerliche Mitte. Denn die eigentlichen Kernwähler der SPD leben nicht vom Bürgergeld, sondern wünschen sich faire Löhne, gute Bildung, Sicherheit im Alter und gesellschaftliche Stabilität.

Und die Bürgergeldempfänger werden es der SPD nicht danken. Es ist eine extrem kleine Wählergruppe, politisch extrem heterogen und



ZUKUNFT MITTE

nicht loyal an eine Partei gebunden. Viele dieser Menschen nehmen an Wahlen gar nicht teil. Wer also glaubt, dass „Bürgergeld-Klientelpolitik“ ein stabiles Wählerreservoir darstellt, irrt.

Auch die CDU scheut Reformen und beruft sich auf die angebliche Abwanderungsgefahr der Vermögenden. Doch die Realität: Wohlhabende wählen traditionell stabil-konservativ oder liberal, nicht extremistisch. Ihr Vermögen ist durch Radikalisierung gefährdeter als durch eine maßvolle Steuerpolitik.

Die Brücke – Zukunft Mitte gestalten

Die Mitte droht stumm zu werden – durch Ignoranz, Ausweichen und politische Selbstinszenierung. Doch Demokratie lebt davon, dass Stimmen nicht nur gezählt, sondern ernst genommen werden.

Das Mandat der Wahl ist eine befristete Treuhand, kein Ermächtigungsgesetz. Abgeordnete sollten aufwachen und zuhören – die Mitte schläft nicht, sie wird nur zunehmen frustrierter.

Die Mitte muss ihre Stimme erheben – nicht im Wutmodus, sondern konstruktiv:

Kommunalpolitik ernst nehmen

Die wichtigsten Entscheidungen fallen vor Ort – in Stadt- und Gemeinderäten. Wer Bürgerversammlungen besucht, Fragen stellt oder in Initiativen mitarbeitet, hat mehr Einfluss, als viele glauben. Demokratie beginnt im direkten Umfeld.

Bürgerdialog einfordern

Abgeordnete haben Sprechstunden, Ministerien reagieren auf Zuschriften. Wer schweigt, überlässt das Feld den Lautesten. Wer schreibt, anruft oder nachfragt, zwingt Politik, Stellung zu beziehen.

Petitionen & Bürgerentscheide nutzen

Petitionen bündeln Stimmen, Bürgerentscheide setzen verbindliche Signale. Wer organisiert und Unterschriften sammelt, bringt Themen auf die Agenda – jenseits der Parlamente.

Medien kritisch begleiten

Medien prägen Meinung. Leserbrief, Kommentare und Rückmeldungen an Redaktionen schaffen Gegengewicht. Kritik ist kein Angriff auf Pressefreiheit, sondern Teil demokratischer Kontrolle.



ZUKUNFT MITTE

Parteien von innen verändern

Parteien sind die Motoren der Demokratie. Wer mitgestalten will, darf sie nicht den Apparaten überlassen. Eintritt und Mitarbeit sind der direkteste Weg, Kurs und Haltung zu beeinflussen.

Allianzen schmieden

Die Mitte ist stark, aber zersplittert. Bündnisse von Vereinen, Gewerkschaften, Kirchen oder Initiativen bündeln Kraft – und verhindern, dass Extreme die Deutungshoheit gewinnen.

Fazit

Die Mitte war immer dann stark, wenn sie gedacht, gestritten und gehandelt hat. Heute droht sie zu verstummen – und damit den Extremen das Feld zu überlassen.

Wer das verhindern will, muss aktiv werden. Die Mitte ist kein stiller Beobachter – sie ist das Fundament der Demokratie.